

Die Rolle der EU im Russisch-Ukrainischen Krieg

1. Platz Jean Monnet Aufsatzwettbewerb für Schüler*innen 2022

31.05.2022

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen. Artikel 1.

Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. Artikel 3.

Niemand darf willkürlich des Eigentums beraubt werden. Artikel 17.

Jeder Mensch hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung. Artikel 19.

Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören. Artikel 20.

Jeder Mensch hat das Recht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohl für sich selbst und die eigene Familie gewährleistet. Artikel 25.

All dies sind Auszüge aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, beschlossen von den Vereinten Nationen. In der Geschichte lässt sich der Wunsch nach Grundrechten schon sehr viel früher finden. In den 30 Artikeln, welche von 1946 bis 1948 unter Eindrücken des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus entstanden sind, wurde nun erstmals ein universeller Menschenrechtsschutz verfasst. Und wenngleich dieser allein nicht rechtlich bindend ist, so sind es diejenigen Inhalte, die in nationale Verfassungen aufgenommen wurden und längst zwingendes Völkerrecht sind. Zwei weitere, 1976 in Kraft getretene Menschenrechtspakete - der Zivilpakt und der Sozialpakt,

wurden verabschiedet, um die Menschenrechtserklärung weiter zu unterstützen. Allgemeines Ziel war somit der Schutz der Grundrechte der Menschen weltweit. Ihnen ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen und eine ausreichende Zufuhr an Nahrung, sauberem Trinkwasser und gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten. Und das wurde von zahlreichen Ländern unterstützt. Darunter Deutschland und Russland, welche beide an jenem 10. Dezember 1948 unterzeichneten.

Heute, 73 Jahre später, scheint die Welt in Sachen Menschenrechte deutlich vorangeschritten zu sein. Die Gleichberechtigung aller spielt eine größere Rolle denn je. Menschen leben in besseren Umständen. Und dennoch sind die Straßen nie still. Proteste und Demonstrationen scheinen nie zu verstummen. Denn eine Besserung der Situation kommt nicht dem Erreichen eines schon vor geraumer Zeit gesetzten Zieles gleich. Noch immer dominieren Diskriminierung und Angst das Leben tausender Menschen. Noch immer leben tausende Menschen auf der Straße. Haben zu wenig zu Essen und zu Trinken und kämpfen ums Überleben. Tag für Tag, während die Reichen immer reicher werden, werden sie immer ärmer. Es wird beleidigt. Es werden vielsagende, ja ängstliche Blicke gewechselt, wenn ein Mensch anderer Nationalität den Raum betritt. Es wird ausgebeutet, bewusst oder unbewusst.

Es herrschen Kriege.

So auch seit dem 24. Februar 2022 in der Ukraine. Die Lage sei angespannt. So hieß es die Tage zuvor im Fernsehen und den Zeitungen. Dann am Morgen die Nachricht im Radio. Russische Truppen sind in der Ukraine einmarschiert. Der Beginn eines Krieges.

Unglaube lässt sich vernehmen. An anderer Stelle Empörung. An wieder anderer Besorgnis. Hinter vorgehaltener Hand wird getuschelt, mit Familie, Bekannten und Freunden lautstark diskutiert.

Stimmen diese Informationen? Bricht wirklich ein Krieg aus? Wie wird es nun weitergehen? Was genau sind die Beweggründe für eine solche Tat? Wie kann man helfen? Und wie, ja wie kann das überhaupt sein? Wie können sich zwei Länder nun im Krieg mit- oder besser gesagt gegeneinander befinden, wo wir doch in einer modernen und diplomatischen Welt leben? Wo es Krieg zwar gibt, dieser jedoch für die "westliche Welt" in solcher Entfernung schwebt, dass er gern auch mal vergessen oder übersehen wird und so alltäglich ist, dass es nicht einmal notwendig erscheint, in den Nachrichten noch darüber zu berichten. Warum auch an die unschönen Dinge, die das Leben allzu vieler Menschen bestimmen, erinnern, wenn stattdessen von Filmen und den Privatleben sogenannter Stars gesprochen werden kann? Warum von Krieg reden in einer Gesellschaft, die Frieden und Demokratie gewohnt ist? Warum von Krieg reden einer Gesellschaft, die sich mit europäischen Grundwerten und Menschenrechten schmückt?

Weil er auf einmal real ist. Dieser Krieg ist nicht mehr ein solcher, der sich mit etwas gutem Willen und netten Geschichten ignorieren lässt. Dieser Krieg ist näher. Und wenn Flüchtlinge aus betroffenen Gebieten im eigenen Land nach Schutz suchen, wie könnte man dann noch sagen, alles sei in bester Ordnung? Es mag einfach sein, zu ignorieren, was das eigene Leben nicht direkt beeinflusst, doch wird somit niemandem geholfen und kommt es doch einmal hart auf hart, so sitzt der Schock tief. So auch im Falle des Russisch-Ukrainischen Kriegs.

Die Ukraine ist ein Land, das lange Geschichte unter der Herrschaft fremder Mächte schrieb. Nach einer vorübergehenden Unabhängigkeit im Jahr 1918 folgte eine Vorherrschaft der kommunistischen Sowjetunion. Seitdem diese 1991 aufgelöst wurde, ist die Ukraine ein eigenständiger Staat, doch mit Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion ein eigenständiger Staat mit russischem Einfluss auf die Politik und der andauernden Diskussion, ob man sich jenem hingeben oder sich doch eher den westlichen Staaten anschließen sollte. Heftige politische Unruhen und eine mehrheitliche Bevölkerung russischer Bürger*innen resultierten im Jahr 2014 in eine Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland, durch

welche der Zugang zum Schwarzen Meer für russische Flotten gesichert wurde. Und auch im Osten der Ukraine, in dem viele Menschen mit russischen Wurzeln leben, wurde der Wunsch einer engen Verbindung zu Russland laut. Durch den Einsatz von Gewalt forderten Separatisten eine Loslösung bestimmter Gebiete von der Ukraine.

Im Februar diesen Jahres sollte ihnen Erfolg vergönnt sein. Luhansk und Donezk wurden von Seiten Russlands beide als unabhängige Staaten anerkannt und die somit eigenständige Donbass-Region vergrößert erneut russisches Einflussgebiet in der Ukraine. Inwiefern sich dieses durch den Krieg noch vergrößern wird, bleibt abzuwarten. Doch aktuell versucht die Ukraine sich zu verteidigen und gegen die russischen Truppen zu kämpfen, um sie an einem weiteren Vormarsch zu hindern.

Der Beginn des Krieges selbst stellt einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar; einen Vertrag, der Rechte und Pflichten der Staaten sowohl zu Zeiten des Friedens als auch des Krieges bestimmt. Deshalb folgte scharfe Kritik sowohl von Seiten der Vereinten Nationen und der deutschen Bundesregierung als auch von der Europäischen Union. Und an ebenjene stellte die Ukraine das Gesuch zur Aufnahme. Aufgrund des Krieges sollte diese mithilfe eines neuen Sonderverfahrens abgewickelt werden, doch noch ist man unentschlossen, inwiefern sich dies bewerkstelligen lässt. Zwar hatte die Ukraine bereits in den 1990er Jahren deutliche Absichten eines Beitritts geäußert, doch Verstöße gegen allgemeine demokratische Prinzipien standen dem im Wege. Es hätte also zunächst zu innenpolitischen Reformen kommen müssen.

Aktuell ist der Beitrittsgesuch dringlicher denn je. Denn zum einen würde ein Beitritt eine gewisse Loslösung von Russland bedeuten. Eine Loslösung von dem Land, das stets als Aufpasser und strenger Erzieher, aber auch als Freund der Ukraine fungierte. Dem Land, das selbst nicht Mitglied in der Europäischen Union ist. Die Ukraine würde sich öffentlich von Russland distanzieren und außenpolitisches Interesse an einer Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern zeigen. Zum anderen würde eben jene Zusammenarbeit eine gewisse Sicherheit garantieren. Denn was öffentlich meist nur als Akt der Solidarität und Hilfsbereitschaft gesehen wird, hätte noch sehr viel mehr Auswirkungen. Der Faktor einer bündnispolitischen Komponente würde somit im Fall eines gelungenen Beitritts in eine Beistandspflicht der anderen Mitgliedsstaaten resultieren. Die Ukraine würde so-

mit Unterstützung erhalten, doch gleichzeitig würden alle EU-Staaten zu Kriegsparteien werden, was die Gefahr eines Konfliktes mit verheerenderen Folgen drastisch erhöhen würde. Hinzu kommt, dass viele Mitglieder der EU auch ein Teil der NATO, der North Atlantic Treaty Organization, sind. Auch diese stellt einen Zusammenschluss demokratischer Staaten dar, welche sich sowohl politisch als auch militärisch unterstützen und für eine freie und friedliche Welt einsetzen wollen. Eben diese militärische Unterstützung könnte den Eintritt weiterer Parteien in den Krieg bedeuten und ebenso eine Ausweitung betroffener Gebiete, streckt sich die NATO doch bis nach Nordamerika. Russland müsste sich infolgedessen ebenfalls Bündnispartner suchen oder die weiße Fahne schwingen, doch muss man sich fragen, wie wahrscheinlich eine friedliche und diplomatische Lösung in dieser Situation scheint, wo es doch jetzt schon grundsätzlich an Verhandlungen scheitert.

Zar Alexander III. pflegte zwar zu sagen, Russland habe nur zwei Verbündete und das seien seine Armee und seine Marine, doch arbeiten Postsowjetische Staaten durchaus zusammen. Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, kurz OVKS, stellt beispielsweise ein rechtlich bindendes Abkommen zur gegenseitigen Verteidigung dar. Mitglieder dieser Organisation sind neben Russland Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan, welche gemeinsam eine rund 25.000 Soldat*innen starke Armee haben. Weitere Abkommen bestehen mit den selbsternannten Republiken Abchasien und Süd-Ossetien, welche als Gegenleistung zu dem durch Moskau gewährten Schutz verpflichtet sind, Russland im Falle eines Angriffs zu helfen. Weitere mögliche Verbündete sind Syrien, China und Indien. Wenn es hier auch keine rechtlich bindenden Verträge gibt, so ließen sich in der Vergangenheit eine gewisse Zusammenarbeit und das Teilen einiger Interessen und Ideale beobachten.

Der aktuelle Krieg könnte sich also, sollte es hart auf hart kommen, von Asien über Europa bis nach Nordamerika ausbreiten, was das Leben und die Sicherheit von Millionen Menschen gefährden würde. Und bereits jetzt heißt es, der russische Präsident Putin fühle sich bedroht durch einen möglichen Beitritt der Ukraine zur EU, wo diese so nur eine Grenze mehr mit Russland teilen würde, wie es schon Finnland, Estland und Lettland tun.

Genau deshalb dürfte also Fingerspitzengefühl gefragt

sein, wenn es zur Unterstützung der Ukraine kommt. Denn auch wenn grundsätzlich jedes Land selbst entscheiden können sollte, welche Bündnisse es eingehen und ob es der EU beitreten möchte, so gestaltet sich dieser Beitritt schwieriger, solange die Grenzen umkämpft und das Land nicht gesichert ist. Eine Durchführung des Ausnahmeverfahrens zur unverzüglichen Aufnahme käme somit der Absicherung in Hinsicht auf eine weitreichende Unterstützung gegen Russland gleich, wohingegen die EU es sich ursprünglich als Ziel gesetzt hat, für Frieden, Demokratie und Sicherheit zu stehen. Doch kann sie das noch, wenn sie eine Kriegspartei aufnimmt und sich somit zu deren Unterstützung verpflichtet?

Die Frage dürfte sein, ob eine solche Unterstützung zwingend eine militärische sein muss oder lediglich eine politische. Wirft man einen Blick auf die derzeitige Situation, so scheint es wahrscheinlicher, dass das Land zunächst abgesichert werden muss, bevor es zu Friedensverhandlungen kommen kann. Dazu fordert die Ukraine Waffenlieferungen, doch mit diesen wird sich zurückgehalten, möchte doch niemand aktiv teilnehmen. So wird der Ukraine Geld gegeben, damit diese die benötigten Waffen anschließend selbst kaufen kann, es wird diskutiert, von welchem Land aus die Waffen letztlich transportiert werden können und es wird Schutzausrüstung geliefert, da diese zwar dem Schutz dient, jedoch selbst keinen Schaden anrichten oder zu Angriffszwecken verwendet werden kann. Ein möglicher Beitritt zur EU wird für das Jahr 2030 prognostiziert, doch wer weiß schon, wie sich die Lage bis dahin entwickelt?

Der Wunsch zu helfen scheint selbstverständlich, doch gilt es nun zu klären, wie dieser umgesetzt werden kann, ohne die Helfenden selbst zu schädigen. Und da scheinen friedliche Lösungsansätze am vielversprechendsten. Die Bekämpfung von Gewalt mit Gewalt resultiert am Ende nur in noch mehr davon und zu viele Unschuldige kommen zu Schaden, die diesen Krieg nie gewollt haben. Auch wenn die russische Bevölkerung von Propaganda umgeben und teils geblendet sein mag, so sind auch sie nur Menschen. So verschieden sie sein mögen, so ähnlich sind sie sich und am Ende des Tages hegen sie alle nur das Bedürfnis nach etwas Liebe und Frieden.

Ein Appell an die Menschlichkeit in einer Zeit, in der diese in den Massen aus Menschen verloren zu gehen scheint, könnte also allein schon viel bewirken. Denn jeder*r kann etwas tun, um zu helfen. Solange sich kei-

ne friedliche Lösung finden lässt, scheint es am besten, dort für Sicherheit zu sorgen, wo keine ist. Leute in Not zu versorgen, ihnen Unterschlupf zu gewähren und Hilfe zukommen lassen. Menschenrechte und Krieg sind nur schwer vereinbar, dennoch sind erstere eine wichtige Grundlage für den Frieden und somit scheint es in unserer Hand zu liegen, diesen bestmöglich gerecht zu werden.

Es ist keine Lösung, abzuwarten, bis der Schrecken ein Ende findet. Vielmehr gilt es, sich gegen diesen zu erheben, wen auch nicht zu Mitteln zu greifen, die in gegnerischer Hand gefürchtet werden. Sanktionen scheinen eine gute Möglichkeit, den Druck einer Lösungsfindung zu erhöhen, doch sind die meisten nicht dauerhaft umsetzbar aufgrund zuvor geschaffener Bündnisse und damit einhergehenden Abhängigkeiten voneinander. Insofern lässt sich bloß hoffen, dass diese ihr Ziel nicht verfehlen. Dass Menschen weiterhin bereit sind, anderen zu helfen. Dass dieser Krieg als einer von vielen bald zu Ende geht. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen.

Es ist an uns, diesem Artikel gerecht zu werden.

Ella Ziegert

9. Klasse

Lichtenbergschule Darmstadt